V-71 Antifaschismus muss praktisch werden: Mehr Ressourcen für den Kampf in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gegen Rechtsextreme an der Macht!

Antragsteller*in:	Luna Möbius (KV Halle)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Im kommenden Jahr sind neben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auch Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt drohen Regierungsbeteiligungen einer gesichert rechtsextremen Partei.

Anders als viele Beobachter*innen geben wir diese Länder nicht auf und finden es auch nicht hinnehmbar, wenn Politiker*innen anderer Parteien sagen, dass „die Rechtsextremen dann eben mal regieren sollen, dann können sie sich entzaubern“: Erstens, weil sich Rechtsextreme in Regierungen nicht entzaubern, sondern demokratische Strukturen schleifen werden und zweitens, weil wir die Menschen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sehen, die von einer rechtsextremen Regierung massiv drangsaliert und geschädigt werden würden; und drittens: Weil eine Regierungsbeteiligung von Rechtsextremen auf Landesebene über den Bundesrat und diverser anderer Gremien, wie die Fachminister*innenkonferenzen, zu einer Destabilisierung der Entscheidungsprozesse in der gesamten Bundesrepublik führen würde: Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind systemrelevant für die Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit.

Bündnis 90/Die Grünen müssen alles in ihrer Macht stehende dazu beitragen, dass beide Bundesländer auch nach den Landtagswahlen mit stabilen Mehrheiten auf dem Boden des Grundgesetzes regiert werden können. Dazu braucht es eine bessere Sichtbarkeit und mehr Engagement der Gesamtpartei in und für Ostdeutschland.

Es ist noch gar nicht so lang her, da waren Bündnis 90/Die Grünen in Ostdeutschland erfolgreich und Teil der Landesregierungen in Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Wir haben die Lebensrealität Ostdeutschlands verändert, wir haben die Interessen gesellschaftlicher Minderheiten geschützt, Programme gegen Rechtsextremismus ausgebaut, wir haben uns für mehr Wohlstand im Osten eingesetzt und gleichzeitig den Klima- und Umweltschutz in den ostdeutschen Bundesländern massiv gestärkt. Zusätzlich waren unsere Regierungsvertreter*innen im Bundesrat oft genug das Zünglein an der Waage hin zu einer sozialeren und ökologischeren Politik für ganz Deutschland.

Ganz anders stellt sich jetzt die Situation dar: Nicht nur wir als Bündnisgrüne haben zuletzt in Ostdeutschland Wahlen und Gestaltungsmöglichkeiten verloren, sondern inzwischen wollen manche politische Beobachter*innen und Entscheider*innen hinter vorgehaltener Hand ostdeutsche Bundesländer verloren geben.

Für uns ist das nicht hinnehmbar:

- Weil wir überzeugt sind, dass jede Landesregierung mit rechtsextremer Regierungsbeteiligung u.a. über den Bundesrat das politische System der gesamten Bundesrepublik zum Schlechteren verändert;

- Weil wir überzeugt sind, dass Klima- und Umweltschutz in Deutschland nur dann funktionieren, wenn sie in allen Landesteilen umgesetzt werden;

- Weil wir gesellschaftliche Minderheiten in keinem einzigen Bundesland einer Landesregierung mit Rechtsextremen aussetzen wollen;

- Weil wir als Partei der Bürgerrechtler*innen freie Wahlen in Ostdeutschland erkämpft haben und nicht zulassen können, dass jetzt jene an die Macht kommen, die freie Wahlen und Bürgerrechte lieber heute als morgen abschaffen wollen

Deswegen werden wir als Partei Bündnis 90/Grüne alles in unserer Macht Stehende tun, damit am Ende dieser Landtagswahlen demokratische Regierungsmehrheiten und Bündnisgrüne in Fraktionsstärke in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt stehen. Dazu gehört eine finanziell auskömmliche Unterstützung der wahlkämpfenden Landesverbände und ein stärkerer Fokus auf die in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wahlentscheidenden Themen in der Kommunikation der Bundespartei. Zusätzlich muss vom Bundesverband eine jährliche Strategietagung für ostdeutsche Kreisverbände zur Vernetzung und Skalierung erfolgreicher Politikansätze ausgerichtet werden und eine solidarischere Mittelverteilung in der Gesamtpartei verstetigt werden: Es braucht eine Evaluation der finanziellen Mittelvergabe innerhalb der Partei, um sicherzustellen, dass ostdeutsche Landesverbände auskömmlich ausgestattet sind.

Neben dieser finanziellen und organisatorischen Unterstützung brauchen wir auch drei grundlegende programmatische Veränderungen:

Erstens müssen wir die zunehmende, schon heute eklatante Vermögens- und Einkommensungleichheit in Ost und West über 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution mit einer größeren Dringlichkeit und Konsequenz ansprechen: Es braucht eine Reform der Erbschaftssteuer, bei der die Einnahmen der Erbschaftssteuer nicht nur im jeweiligen Bundesland verbleiben, sondern mit einem neuen Verteilungsschlüssel gerecht auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Es kann nicht sein, dass über 90% der Erbschaftssteuereinnahmen auch nach einer Reform allein in den westdeutschen Bundesländern anfallen. Daneben müssen wir nicht nur unsere eigenen sozialpolitischen Projekte vertreten, sondern vor allem auch beweisen, dass wir sie auch umsetzen können. Die enormen Herausforderungen bei Pflege, Gesundheit, Rente und im Arbeitsmarkt verlangen in allen Parteien nach neuen Antworten, auch bei uns. In einer Zeit, in der Union und SPD hier offensichtlich versagen und die Sozialversicherungen massiv unter Druck sind müssen wir zeigen, dass wir nicht nur über mehr Gerechtigkeit reden, sondern sie auch umgesetzt bekommen, wenn es hart auf hart kommt. Umso niedriger das Einkommen, umso stärker profitieren Menschen von funktionierenden Sozialversicherungen und funktionierender öffentlicher Infrastruktur, das gilt nicht nur, aber gerade auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Zweitens müssen wir breitere Bevölkerungsgruppen ansprechen: Die aktuelle Bundesregierung macht keine überzeugende Arbeit. Wir müssen erst recht in dieser Zeit, in der die ehemaligen Volksparteien Union und SPD massiv an Zuspruch verlieren und bislang fast allein Rechtsextreme davon profitieren deutlich über das grüne Kernklientel hinaus Menschen erreichen. Wir müssen gerade in dieser Zeit das Vertrauen neuer Bevölkerungsgruppen erkämpfen – gerade auch, aber natürlich nicht nur von Menschen in Ostdeutschland. Dafür müssen wir die Sprache der Menschen vor Ort und ihre spezifischen Probleme deutlicher ansprechen, damit diese sich stärker bei uns wiederfinden, gesehen und repräsentiert fühlen können. Wähler*innen suchen immer öfter nach Menschen, mit denen sie sich identifizieren können. Weil wir dieses Bedürfnis ernst nehmen müssen auch wir Identifikationsfiguren aus so unterschiedlichen Gruppen wie u.a. Ostdeutschen, Arbeiterkindern und Menschen ohne Hochschulabschluss stärker als Partei in den Vordergrund stellen.

Drittens müssen wir Rechtspopulismus und Rechtsextremismus anders bekämpfen als bislang. Die AfD ist in den letzten Monaten und Jahren trotz des Dagegenhaltens vieler Akteure stärker geworden. Die Ursachen dafür sind komplex: Einerseits funktioniert die Brandmauer nur dann, wenn sie auch inhaltlich und nicht nur formal gehalten wird. Andererseits haben die demokratischen Parteien es versäumt, nicht nur Strategien gegen die AfD zu entwickeln, sondern auch die Ursachen für deren Erstarken zu bekämpfen. Die CDU und CSU sind weiterhin dabei den Fehler ihrer Schwesterparteien anderer Länder zu wiederholen und sich inhaltlich der AfD anzunähern, in der Hoffnung dadurch Wähler*innen zu binden. Die Evidenz ist hier allerdings eindeutig: Wer extreme Rechte und Rechtspopulisten kopiert, stärkt letztlich das Original. Die AfD muss anders und vor allem strategisch bekämpft werden. Die AfD ist eine gesichert rechtsextreme Partei, ein AfD-Verbot ist längst überfällig, es liegt alles auf dem Tisch. Bündnis 90/Die Grünen wird alles dafür tun, die entsprechenden Mehrheiten zu organisieren und das AfD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen, um dem parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus die Grundlage zu nehmen.

Ergänzend müssen wir auch die Scheinheiligkeit rechtsextremer Akteure stärker thematisieren, die Finanzierungsströme und die Verbreitung von Falschinformationen sehr viel konsequenter bekämpfen als bislang und auch die inneren Widersprüche im rechtsextremen Lager stärker herauszuarbeiten. Noch wichtiger ist eine tragfähige sozialökologische Zukunftserzählung, die nicht belehrt, sondern Menschen emotional erreicht, wie beim Hamburger Klimaentscheid.

Viertens braucht es mehr Entscheidungsmacht in Ostdeutschland. Noch immer bleibt das Gefühl: Der Westen entscheidet über den Osten, ohne ihn. Ostdeutsche sind sowohl in den bundesdeutschen, als auch in den Eliten in Ostdeutschland im Schnitt unterrepräsentiert – diese strukturelle Benachteiligung müssen wir über gezielte Förderung von Ostdeutschen und im Bedarfsfall auch Ost-Quotierungen aufbrechen. Daneben gilt auch: Wenn die Bundesregierung ihre Versprechen bricht und Standorte des Bundes in Ostdeutschland wieder einkassiert, wie die DATI in Erfurt, die Intel Fabrik in Magdeburg oder das Bundesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität in Dresden, dann verstärkt sie negative Erwartungen und zerstört Vertrauen in gerechte Politik. Standort-Versprechen müssen eingehalten werden.

Begründung

Autorinnen des Antrags: Madeleine Henfling, Luna Möbius, Paula Piechotta, Julia Schneider

Die Landtagswahlen 2026 werden vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zur Richtungsentscheidung werden - erstmals seit 1945 könnte eine gesichert rechtsextreme Partei dort in Regierungsverantwortung gelangen. Als Demokrat*innen, als Bürgerrechtspartei, als Bündnispartei ist es unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, damit dies nicht gelingen wird.

weitere Antragsteller*innen

Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Thea-Helene Gieroska (KV Hof); Peter Schober (KV Leipzig); Ferdinand Moors (KV Leipzig); Jana Troitzsch (KV Leipzig); Sabrina Brumme (KV Leipzig); Nadine Mai (KV Pinneberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ian Harknett (KV Berlin-Pankow); Manja Baudis (KV Berlin-Pankow); Nicol Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jana Ketzenberg-Schmid (KV Barnim); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Marlin Meier (KV Bremen Links der Weser (LdW); Constantin Meyer zu Allendorf (KV Leipzig); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Olaf Horlbeck (KV Vogtland); sowie 140 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.